

## Geschichte, die nicht enden will

Wer bestimmt die künftige Weltordnung: Die Demokratie oder ihre Feinde?



Prof. Dr. ROBERT KAGAN, geb. 1958, ist Senior Associate beim Carnegie Endowment for International Peace. Dieser Beitrag ist ein Auszug aus seinem Buch „Die Demokratie und ihre Feinde. Wer gestaltet die neue Weltordnung?“ (Siedler Verlag 2008).

Robert Kagan | **Anders als erwartet brachte das Ende des Kalten Krieges nicht das gelobte demokratische Zeitalter. Autokratische Regime wie Russland, China oder der Iran gewinnen zusehends an Macht. Der Westen muss sich entscheiden: Wollen wir die Welt nach unseren Vorstellungen formen oder uns in einer Weltordnung einrichten, die andere gestaltet haben?**

Die Welt ist wieder normal geworden. Die Jahre unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges gewährten uns einen verlockenden Einblick in eine neuartige Weltordnung, in der Nationalstaaten zusammenwachsen oder verschwinden, ideologische Konflikte sich auflösen, Kulturen sich vermischen, Handel und Kommunikation immer freier werden. Die moderne, demokratische Welt redete sich ein, das Ende des Kalten Krieges habe nicht nur einen, sondern sämtliche strategischen und ideologischen Konflikte beendet. Völker und ihre Machthaber sehnten sich nach „einer neuen Welt“.

Das war jedoch ein Trugbild. Die Welt hat sich nicht von Grund auf gewandelt. Fast überall ist der Nationalstaat so stark wie je, und die nationalistischen Bestrebungen und Leidenschaften, der Wettkampf zwischen den Nationen, der die Geschichte prägt, sind ebenfalls ungebrochen. Die Vereinigten Staaten sind als einzige Supermacht übrig geblieben. Der internationale Wettbewerb zwischen Großmächten ist indes zurückgekehrt; Russland, China, Europa, Japan, Indien, Iran, die USA und andere konkurrieren um die Vorherrschaft in ihrer Region. Wieder dominiert das Ringen um Ansehen und Einfluss in der Welt die internationale Szene. Auch die alte Rivalität zwischen Liberalismus und Autokratie ist neu entflammt, und die Großmächte der Welt beziehen entsprechend ihrer Regierungsform Position.

Eine noch ältere Fehde ist zwischen radikalen Islamisten und den modernen säkularen Kulturen und Mächten ausgebrochen, die nach Ansicht der Islamisten in ihre Welt eingedrungen sind, um sie zu beherrschen und zu verderben.



Mit dem Zusammenwirken und Aufeinanderprallen dieser drei Konflikte verblasst die Verheißung einer neuen Ära internationaler Annäherung. Wir sind in ein Zeitalter der Gegensätze eingetreten.

Angesichts der geplatzen Träume aus der Anfangszeit nach dem Kalten Krieg wird die demokratische Welt entscheiden müssen, wie sie reagiert. In den letzten Jahren, in denen die autokratisch regierten Staaten Russland und China aufstiegen und die radikalen Islamisten ihren Kampf aufnahmen, wurde die demokratische Welt sowohl von tiefgreifenden als auch von banalen Fragen gespalten und abgelenkt. Die Demokratien stellten ihren Daseinszweck und ihre moralische Grundlage in Frage, sie stritten über Macht und Ethik und verwiesen auf die Versäumnisse der jeweils anderen. Diese Zwietracht schwächte und demoralisierte die demokratischen Staaten zu einem Zeitpunkt, an dem sie es sich am wenigsten leisten konnten. Die Geschichte ist zurückgekehrt, und die Demokratien müssen sich zusammentun, um sie zu gestalten – sonst werden andere dies für sie tun.

### Ende der Geschichte?

Anfang der neunziger Jahre war der Optimismus verständlich und fast universell. Der Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums und die augenscheinliche Hinwendung Russlands zur Demokratie schienen ein neues Zeitalter globaler Annäherung einzuläuten. Auf einmal teilten die Hauptkontrahenten des Kalten Krieges viele Ziele, darunter den Wunsch nach ökonomischer und politischer Integration. Auch nach dem gewaltsamen Vorgehen gegen politische Gegner, das 1989 auf dem Tiananmen-Platz begann, und trotz der verstörenden Anzeichen von Instabilität in Russland nach 1993 glaubten die meisten Amerikaner und Europäer, China und Russland befänden sich auf dem Weg der Liberalisierung.

Der Zusammenbruch des Kommunismus schien ein neues Zeitalter globaler Annäherung einzuläuten.

Russland unter Boris Jelzin schien dem liberalen Modell der politischen Ökonomie und einem engeren Schulterschluss mit dem Westen verpflichtet. Man hoffte, die von der chinesischen Staatsführung betriebene wirtschaftliche Öffnung werde zwangsläufig, ob es den Machthabern passte oder nicht, eine politische Öffnung nach sich ziehen.

Dieser Determinismus war typisch für das Denken nach dem Ende des Kalten Krieges. In einer globalisierten Wirtschaft, so glaubten die meisten, hätten die Nationen gar keine andere Wahl, als sich erst ökonomisch, dann politisch zu liberalisieren, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben und überleben wollten. Sobald Volkswirtschaften ein bestimmtes Pro-Kopf-Einkommen erreicht hätten, werde eine wachsende Mittelschicht rechtliche und politische Mitsprache fordern, und die Herrschenden würden ihr diese zum Wohl der Nation einräumen müssen. Da der demokratische Kapitalismus das erfolgreichste Modell für aufstrebende Gesellschaften sei, würden letztlich alle diesen Weg einschlagen. Im Kampf der Ideen habe sich der Liberalismus durchgesetzt. Um Francis Fukuyamas berühmte Formulierung zu gebrauchen: „Am Ende der Geschichte gibt es keine ideologische Konkurrenz mehr zur liberalen Demokratie.“

Der ökonomische und ideologische Determinismus der ersten Jahre nach dem Kalten Krieg brachte zwei allgemeine Annahmen hervor, die sowohl die Politik als auch die Erwartungen bestimmten. Die eine war der ungebrochene Glaube an die Unausweichlichkeit des menschlichen Fortschritts, daran dass die Geschichte sich nur in eine Richtung bewegt – diese aus der Aufklärung gebo-rene Überzeugung war von der Brutalität des 20. Jahrhunderts zwar vorüberge-hend zunichte gemacht, durch den Sturz des Kommunismus aber wiederbelebt worden. Die andere war das Gebot zu Geduld und Zurückhaltung. Statt Auto-krationen entgegenzutreten und Kritik an ihnen zu üben, sei es besser, sie in die Weltwirtschaft einzubinden, die Rechtsstaatlichkeit und die Schaffung stärkerer staatlicher Institutionen zu unterstützen und die unausweichlichen Kräfte des menschlichen Fortschritts ihre Wunder wirken zu lassen.

Als sich die Welt nun den gemeinsamen Grundsätzen des aufgeklärten Li-beralismus annäherte, bestand die große Aufgabe nach dem Ende des Kalten Krieges im Aufbau eines leistungsfähigeren internationalen Systems von Geset-zen und Institutionen, das die Verheißungen der ins 17. und 18. Jahrhundert zurückreichenden Aufklärung erfüllen sollte. Eine Welt liberaler Regierungen wäre eine Welt ohne Krieg, wie sie Kant vorgeschwebt hatte. Der freie Fluss

Eine Welt liberaler  
Regierungen wäre eine  
Welt ohne Krieg.

von Waren und Ideen im neuen Zeitalter der Globalisierung wäre das Gegengift zu allen Konflikten zwischen den Men-schen. Montesquieu glaubte, die natürliche Wirkung des Handels bestehe darin, Frieden zu stiften. Dieser uralte Traum der Aufklärung war auf einmal in greifbare Nähe gerückt, denn zu dem scheinbaren Sieg des internationalen Liberalismus kam die vermeintliche Konvergenz der geopolitischen und strategischen Interessen der Großmächte. 1991 sprach Präsident George H. W. Bush von einer „neuen Weltordnung“, in der „die Nationen der Welt, im Westen und Osten, Norden und Süden, prosperieren und in Harmonie leben können“, in der „die Herr-schaft des Rechts das Gesetz des Dschungels verdrängt“ und Nationen „die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit anerkennen“. Es sei „eine ganz andere Welt als die uns bisher bekannte“.

### Friede, Freude, Pustekuchen

Die Welt sah vor allem deshalb anders aus, weil die Sowjetunion sich verändert hatte. Wäre die kommunistische UdSSR nicht so jäh und dramatisch zugrunde gegangen und hätte das Land nach 1989 keinen so tiefgreifenden Wandel durchgemacht, wäre niemand auf die Idee gekommen, das Ende der Geschichte zu postulieren. Der Wandel der sowjetischen und dann der russischen Außen-politik war bemerkenswert. Wenn Russland imstande war, sich von der traditi-onellen Großmachtspolitik zu verabschieden, dann konnte es auch die restliche Welt. „Das Zeitalter der Geopolitik“, schrieb Martin Walker 1996, „ist einem Zeitalter der Geoökonomie, wie man es nennen könnte, gewichen. Die neuen Männlichkeitssymbole sind Exporte, Produktivität und Wachstumsraten, und die großen internationalen Zusammenkünfte sind die Handelsverträge der Wirtschaftssupermächte.“ Die Kollision traditioneller nationaler Interessen

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

© James Nachtwey / VI

Bagdad, 2003: Bei der Razzia in einer Bank halten US-Soldaten einen Iraker fest

galt jetzt also als überwunden. Die Europäische Union, spekulierte der Politikwissenschaftler Michael Mandelbaum, sei nur „ein Vorgeschmack auf das internationale Ordnungssystem des 21. Jahrhunderts“. G. John Ikenberry, liberaler Wissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen, beschrieb eine Welt nach dem Kalten Krieg, in der „Demokratie und freie Märkte überall auf der Welt florierten und die Globalisierung als progressive historische Kraft verankert, Ideologie, Nationalismus und Krieg aber auf einem Tiefpunkt angelangt“ wären. Die „liberale Vision der Weltordnung“ habe sich durchgesetzt.

Die großen Hoffnungen auf eine neue Ära in der Menschheitsgeschichte stützten sich auf eine einzigartige Konstellation internationaler Umstände: Auf einmal fehlte, jedenfalls für eine Weile, die traditionelle Rivalität der Großmächte. Jahrhundertlang war deren Ringen um Einfluss, Wohlstand, Sicherheit, Ansehen und Ehre die Hauptursache für Konflikte und Kriege gewesen. Während des Kalten Krieges – mehr als vier Jahrzehnte lang – hatte sich das Gerangel auf die beiden Supermächte beschränkt; die starre bipolare Ordnung, die sie der Welt auferlegten, ließ keine anderen Großmächte emporkommen, wie es der natürlichen Entwicklung entsprochen hätte. Als dann im Jahr 1991 die Sowjetunion zusammenbrach, waren plötzlich nur noch die Vereinigten Staaten übrig. Russland war geschwächt, die Stimmung im Land niedergedrückt, innenpolitisch herrschte ein Chaos, die Wirtschaft wurde von Konkursverwaltern liquidiert, und mit seiner militärischen Macht ging es steil bergab. China war nach den Vorfällen auf dem Tiananmen-Platz isoliert, nervös und in sich gekehrt, seine ökonomische Zukunft war ungewiss und sein Militär für die moderne Hightech-Kriegführung nicht gerüstet. Japan, die aufstrebende ökonomische Supermacht der achtziger Jahre, hatte 1990 einen verheerenden Börsen-

sturz durchgemacht und trat in ein Jahrzehnt der Einsparungen ein. In Indien stand die ökonomische Revolution noch aus. Und Europa, die bedeutendste Arena für Großmachtrivalitäten, lehnte die Machtpolitik ab und zog es vor, seine postmodernen Institutionen zu perfektionieren. Geopolitische Realisten wie Henry Kissinger wiesen damals darauf hin, dass diese Konstellation nicht ewig andauern könne: Der internationale Wettbewerb sei Teil der menschlichen Natur und werde früher oder später wieder ausbrechen. Zwar bewahrheiteten sich die Vorhersagen über eine bevorstehende globale Multipolarität – mit annäherndem Kräftegleichgewicht zwischen den USA, China, Russland, Japan und Indien – nicht, dennoch hatten die Realisten die unveränderliche Natur

des Menschen richtig eingeschätzt. Die Welt erlebte keinen tiefgreifenden Wandel, sondern lediglich eine Pause im endlosen Konkurrenzkampf der Nationen und Völker. Im Laufe der neunziger Jahre kehrte er zurück, als eine aufstrebende Macht nach der anderen das Spielfeld (wieder) betrat. Erst

Die Welt erlebte lediglich eine Pause im Konkurrenzkampf der Nationen und Völker.

in China, dann in Indien setzte plötzlich ein beispielloses Wirtschaftswachstum ein, das mit einer langsamen, aber substanziellen Zunahme der militärischen Schlagkraft sowohl im konventionellen als auch im nuklearen Bereich einherging. In Japan erholte sich die Wirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts allmählich, und das Land schickte sich an, diplomatisch wie militärisch eine aktivere Rolle auf der Weltbühne zu spielen. Dann folgte Russland, das sich aus wirtschaftlichem Elend zu einem stetigen Wachstum aufschwang, das auf dem Export seiner enormen Öl- und Erdgasreserven aufbaut.

### Partner-wechsel-dich

Heute wird die internationale Ordnung durch eine neue Machtkonstellation umgestaltet. Wir leben in einer Welt, in der „eine einzige Supermacht und mehrere Großmächte“ nebeneinander existieren, wie es die chinesischen Strategen ausdrücken. Nationalismus und die Nation an sich sind heute alles andere als durch die Globalisierung geschwächt, sondern kehren mit Macht zurück. Auf dem Balkan und in den ehemaligen Sowjetrepubliken brodeln nach wie vor ethnische Nationalismen. Noch bedeutsamer aber ist die Rückkehr des Großmachtnationalismus. Statt der neuen Weltordnung führen die widerstreitenden Interessen und Bestrebungen der Großmächte abermals zu den Allianzen, Gegenallianzen und kunstvollen Tänzen mit wechselnden Partnern, wie sie einem Diplomaten des 19. Jahrhunderts auf Anhieb vertraut wären. Sie verursachen außerdem geopolitische Bruchlinien, an denen die Ambitionen der Großmächte sich überschneiden und einander in die Quere kommen: Höchstwahrscheinlich werden hier die Verwerfungen der Zukunft auftreten.

Eine dieser Verwerfungslinien verläuft entlang der West- und Südwestgrenze Russlands. In Georgien, der Ukraine, in Moldawien, in den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik, im Kaukasus, in Zentralasien und sogar auf dem Balkan wetteifert ein wieder erstarkendes Russland mit der EU und den USA um Einfluss. Statt der erwarteten Region des Friedens ist das westliche Eurasien abermals zur

umkämpften Zone geworden. Kam die Geschichte vor zwei Jahrzehnten in Russland höchst dramatisch an ihr Ende, so kehrt sie heute dort höchst dramatisch zurück. Russlands Hinwendung zum Liberalismus im Innern geriet ins Stocken und schlug dann ins Gegenteil um; dasselbe gilt für die Außenpolitik. Die Zentralisierung der Macht in den Händen Wladimir Putins ging mit einer Abkehr von der demokratischen, auf Integration setzenden Außenpolitik einher, für die Jelzin und Kosyrew eingetreten waren. Heute ist Russland zum Großmachtnationalismus zurückgekehrt und damit auch zu den traditionellen Kalküls und Ambitionen einer Großmacht. Russland und die EU sind zwar geografische Nachbarn, in geopolitischer Hinsicht aber leben sie in unterschiedlichen Jahrhunderten. Die EU des 21. Jahrhunderts, deren hehres Anliegen es ist, die Machtpolitik zu überwinden und die Welt in eine neue – auf Gesetze und Institutionen gegründete – Ordnung zu führen, steht einem Russland gegenüber, das noch sehr weitgehend eine traditionelle Macht des 19. Jahrhunderts ist und die alte Machtpolitik praktiziert. Mit dem postmodernen, „postnationalen“ Geist der Europäischen Union reagierte Europa auf die entsetzlichen Konflikte des 20. Jahrhunderts, als Nationalismus und Machtpolitik den Kontinent zwei Mal zerstörten. Die Haltung der russischen Außenpolitik hingegen ist vom vermeintlichen Versagen der „postnationalen Politik“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geprägt. Europas Albtraum sind die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts; Russlands Albtraum sind die neunziger. Europa erhofft sich die Lösung seiner Probleme von der Überwindung des Nationalstaats und dessen Macht. Für die Russen liegt die Antwort in deren Wiederherstellung.

Was passiert also, wenn ein dem 21. Jahrhundert zugehöriges Staatengebilde wie die EU von einer traditionellen Macht wie Russland herausgefordert wird? Das werden wir in den kommenden Jahren sehen, doch die Umrisse des Konflikts zeichnen sich bereits jetzt ab: im diplomatischen Kräfterennen wegen des Kosovo, der Ukraine, Georgien und Estland; in Konflikten um Gas- und Ölpipelines; in einem hässlichen diplomatischen Schlagabtausch zwischen Russland und Großbritannien und in der Wiederkehr großangelegter russischer Militärmanöver, wie man sie seit dem Kalten Krieg nicht gesehen hat. „Es lässt sich nicht leugnen“, bemerkte ein schwedischer Experte, „dass wir uns in einem neuen Zeitalter der Geopolitik befinden.“ Was für ein Gegensatz zu den Wahrnehmungen und Erwartungen, die nach dem Kalten Krieg herrschten! In den neunziger Jahren waren die liberalen Demokratien überzeugt, ein wohlhabenderes Russland werde innen- wie außenpolitisch auch ein liberaleres Russland sein. Doch die Geschichte zeigt, dass die Ausbreitung von Handel und Wohlstand nicht unbedingt zu größerer Harmonie zwischen den Nationen führt, sondern oft nur zu größerer, weltweiter Konkurrenz. Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es die Hoffnung, dass die Nationen alternativ zur geopolitischen Konkurrenz die ökonomische Integration vorantreiben und die „weiche“ Macht von Handelsbeziehungen und Wirtschaftswachstum der „harten“ Macht von militärischer Stärke oder geopolitischer Konfrontation vorziehen würden.

Aber die Nationen müssen gar keine Für- oder Wider-Entscheidung fällen. Es gibt noch ein anderes Paradigma – nennen wir es nach dem japanischen Motto der Meiji-Restauration Ende des 19. Jahrhunderts „reiche Nation, starke Armee“. In diesem Fall streben Nationen nicht nach ökonomischer Integration und Anpassung an westliche Institutionen, um den geopolitischen Kampf aufzugeben, sondern um ihn erfolgreicher führen zu können. Die Chinesen haben ihren eigenen Ausdruck dafür: „blühendes Land und eine starke Armee“.

### Achse der Autokraten

Wie die Hoffnung auf ein Ende der Großmachtrivalität beruhte die Erwartung eines ideologischen „Endes der Geschichte“ auf einer Reihe historischer Umstände, die sich als kurzlebig erwiesen. Der Kommunismus trat von der Bühne ab, doch mächtige Herausforderer der Demokratie blieben. Wachsender nationaler Wohlstand und Autokratie haben sich letztlich doch als kompatibel erwiesen. Autokraten lernen und passen sich an. Die russische und chinesische

Es wäre ein Fehler zu glauben, eine Autokratie habe international keine Anziehungskraft.

Autokratie haben herausgefunden, wie man freie Marktwirtschaft zulassen und gleichzeitig politische Aktivitäten unterdrücken kann. Sie haben begriffen, dass Menschen, die Geld verdienen, sich aus der Politik heraushalten, vor allem, wenn sie wissen, dass eine Einmischung ihnen schlecht bekommen wird. Neuer Wohlstand verleiht Auto-

kratien mehr Kontrolle über die Information – zum Beispiel durch Monopolisierung von Fernsehsendern und Überwachung des Internetverkehrs –, zumal dies häufig mit Unterstützung ausländischer Konzerne geschieht, die unbedingt mit ihnen ins Geschäft kommen wollen. Langfristig könnte wachsender Wohlstand durchaus zu politischer Liberalisierung führen, aber wie lang ist langfristig? Es könnte zu lang sein, um noch irgendeine strategische oder geopolitische Bedeutung zu haben. Deutschland, lautet ein alter Witz, hat sich im späten 19. Jahrhundert auf die Flugbahn wirtschaftlicher Modernisierung katapultiert, und kaum sind sechs Jahrzehnte vergangen, ist eine erwachsene Demokratie daraus geworden – problematisch waren nur die Jahre dazwischen. Mit anderen Worten, die Welt wartet auf Veränderung, doch einstweilen werden zwei der weltweit größten Nationen mit insgesamt mehr als anderthalb Milliarden Menschen und dem zweit- und drittgrößten Militär von eingefleischten Autokraten regiert, die sich vermutlich auch in absehbarer Zukunft an der Macht halten können.

Es wäre ein Fehler zu glauben, eine Autokratie habe international keine Anziehungskraft. Nach Jahrzehnten bemerkenswerten Wachstums können die Chinesen heute argumentieren, dass ihr Modell der wirtschaftlichen Entwicklung, die Kombination aus zunehmend offener Wirtschaft und geschlossenem politischen System, für viele Nationen eine erfolgversprechende Option sein mag. Auf jeden Fall handelt es sich um ein Modell für erfolgreiche Autokratie, eine Anleitung, wie Wohlstand und Stabilität herbeizuführen sind, ohne dass man der politischen Liberalisierung nachgeben müsste. Russlands Modell der „souveränen Demokratie“ ist für die Autokraten in Zentralasien äußerst reiz-

voll. Einige Europäer fürchten, dass Russland „als ideologische Alternative zur EU“ wahrgenommen werden könnte, „die einen anderen Zugang zu Souveränität, Macht und Weltordnung anbietet“. In den achtziger und neunziger Jahren, als rechte und linke Diktaturen vor der Woge des Liberalismus in die Knie gingen, schien das autokratische Modell ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen zu sein. Vor dem Hintergrund des chinesischen und russischen Erfolgs wirkt es heute wie die bessere Wahl.

Zwar sind China und Russland nicht mehr im Ideologieexport aktiv, doch sie können Autokraten Zuflucht bieten – und tun dies auch –, wenn die Demokratien sich gegen sie wenden. „Zum ersten Mal seit vielen Jahren“, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow, „besteht auf dem Markt der Ideen ein echtes Wettbewerbsumfeld“ zwischen unterschiedlichen „Wertesystemen und Entwicklungsmodellen“. Und die aus russischer Sicht erfreuliche Nachricht ist, dass „der Westen sein Monopol auf den Globalisierungsprozess verliert“. Für eine demokratische Welt, die diesen Wettbewerb mit dem Fall der Berliner Mauer für erledigt hielt, mag das eine Überraschung sein. Die Demokratien der Welt halten ihre Bemühung um Unterstützung der Demokratie und der Prinzipien der Aufklärung im Ausland nicht für einen Aspekt des geopolitischen Wettbewerbs: Schließlich sehen sie keine „rivalisierenden Wahrheiten“, sondern nur „universelle Werte“. Infolgedessen sind sie sich auch nicht immer im Klaren darüber, wie sie ihren Reichtum und ihre Macht einsetzen, um andere zur Annahme ihrer Werte und Prinzipien zu zwingen. Es

mag nicht zu einem Krieg kommen; dennoch wird der globale Wettbewerb zwischen demokratischen und autokratischen Regierungen die Welt des 21. Jahrhunderts bestimmen. Die Großmächte sind im Begriff, sich für eine Seite zu entscheiden und sich mit dem einen oder dem anderen Lager zu identifizieren. Indien, das während des Kalten Krieges mit Stolz neutral oder sogar sowjetfreundlich war, fühlt sich heute eher dem demokratischen Westen zugehörig. Auch Japan hat in den letzten Jahren alles getan, um sich als demokratische Großmacht zu positionieren, die gemeinsame Werte mit anderen asiatischen, aber auch mit nichtasiatischen Demokratien teilt. In Japan wie in Indien ist der Wunsch, zur demokratischen Welt zu gehören, echt; zugleich aber folgt er einem geopolitischen Kalkül, denn der Versuch, Solidarität mit anderen Großmächten zu zementieren, könnte ihnen bei ihrem strategischen Wettkampf mit dem autokratischen China von Nutzen sein.

In internationalen Angelegenheiten gibt es keine vollkommene Symmetrie.

In internationalen Angelegenheiten gibt es keine vollkommene Symmetrie. Die zwei Grundgegebenheiten der gegenwärtigen Ära – Großmachtrivalität und der Konkurrenzkampf zwischen Demokratie und Autokratie – werden nicht immer die gleichen Koalitionen hervorbringen. So unterstützt das demokratische Indien im geopolitischen Wettstreit mit dem autokratischen China die Diktatur in Myanmar, um Peking einen strategischen Vorteil zu verweigern. Indiens Diplomaten spielen die anderen Großmächte gern gegeneinander aus und erwärmen sich manchmal für Russland, manchmal für China. Die demokratischen Länder Griechenland und Zypern unterhalten nicht nur aus kultu-



reller Solidarität mit ihren Vettern in der orthodoxen Ostkirche, sondern auch aus wirtschaftlichem Interesse enge Beziehungen zu Russland. Und die Vereinigten Staaten sind schon lange aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen mit arabischen Diktaturen verbündet und ebenso mit den Militärmachthabern in Pakistan. Wie im Kalten Krieg kommen auch heute strategische und ökonomische Überlegungen sowie kulturelle Geistesverwandtschaften der ideologischen Ausrichtung mitunter in die Quere.

### Globale Spaltungen

Aber in der heutigen Welt gibt die Regierungsform einer Nation, nicht ihre „kulturelle Zugehörigkeit“ oder ihre geografische Lage, noch am zuverlässigsten Aufschluss über ihre geopolitische Ausrichtung. Asiatische Demokratien verbünden sich heute mit europäischen Demokratien gegen asiatische Autokratien. Chinesische Beobachter sehen einen „V-förmigen Gürtel“ amerikafreundlicher demokratischer Mächte, der „sich von Nordost- bis Zentralasien erstreckt“. Als Indien, die USA, Japan, Australien und Singapur 2007 im Golf von Bengalen gemeinsame Marinemanöver durchführten, sprachen chinesische

Es gibt keine internationale Gemeinschaft mehr, die man in den großen strategischen Fragen anrufen könnte.

und andere Beobachter von einer „Achse der Demokratie“, der japanische Premierminister hingegen von einem „asiatischen Bogen der Freiheit und des Wohlstands“, der von Japan über Indonesien nach Indien reiche. Russische Regierungsvertreter sind laut eigenem Bekunden „alarmiert“ darüber, dass die NATO und die Organisation für Sicherheit

und Zusammenarbeit in Europa ähnlich wie zur Zeit des Kalten Krieges „eine Blockpolitik fortführen“. Die Russen selbst aber bezeichnen die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) als ein „Anti-NATO“-Bündnis und einen „Warschauer Pakt 2“. Bei ihrer Konferenz im vergangenen Jahr brachte die SCO fünf Autokratien – China, Russland, Usbekistan, Kasachstan und Tadschikistan – mit dem Iran an einen Tisch. Als die ASEAN-Staaten letztes Jahr das Problem Myanmar ansprachen, tat sich ein Spalt quer durch die Organisation auf. Unterstützt von Japan, versuchten demokratische Nationen wie die Philippinen und Indonesien Druck auf Myanmar auszuüben, während sich die Autokratien Vietnam, Kambodscha und Laos mit chinesischer Unterstützung bemühten, einen Präzedenzfall zu vermeiden, der sich eines Tages gegen sie wenden könnte.

Die globalen Spaltungen zwischen dem Club der Autokraten und der Achse der Demokratie haben weitreichende Folgen für das internationale System. Kann man überhaupt noch von einer „internationalen Gemeinschaft“ sprechen? Der Begriff setzt Einvernehmen in Bezug auf völkerrechtliche Verhaltensnormen, eine Ethik der internationalen Beziehungen, ja ein internationales Gewissen voraus. Dieser Konsens fehlt den Weltmächten heute. Es gibt keine internationale Gemeinschaft mehr, die in den großen strategischen Fragen – etwa ob man intervenieren, Sanktionen verhängen oder versuchen soll, Nationen auf diplomatischem Weg zu isolieren – angerufen oder angeführt werden könnte. Besonders deutlich wurde dies im Kosovo-Krieg, der den demo-

kratischen Westen sowohl mit Russland und China als auch mit zahlreichen anderen nichteuropäischen Autokratien entzweite, und heute zeigt es sich im Zusammenhang mit Darfur, dem Iran und Myanmar. Es wäre falsch anzunehmen, dass Handelsbeziehungen allein die Wucht des nationalen und ideologischen Wettbewerbs, der sich jetzt wieder so mächtig in den Vordergrund geschoben hat, abfedern könnten: Handelsbeziehungen finden ja nicht im luftleeren Raum statt, sondern stehen mit den herrschenden geopolitischen und ideologischen Konflikten in ständiger Wechselwirkung. Nationen sind keine Rechenmaschinen. Sie tragen sämtliche Wesenszüge der Menschen, die in ihnen leben und sie erst zur Nation machen: die nicht greifbaren, nicht messbaren menschlichen Regungen wie Liebe, Hass, Ehrgeiz, Furcht, Ehre, Scham, Patriotismus, Ideologie und Glauben, lauter Dinge, für die Menschen kämpfen und um deretwillen sie sterben, heute wie in den vergangenen Jahrtausenden.

Nirgendwo sonst zeigen sich diese menschlichen Regungen deutlicher als in der islamischen Welt, insbesondere im Nahen Osten. Der Kampf radikaler Islamisten gegen die mächtigen und häufig gesichtslosen Kräfte der Modernisierung, des Kapitalismus und der Globalisierung, die sie mit dem jüdisch-christlichen Westen in Verbindung bringen, ist der zweite große Konflikt im gegenwärtigen internationalen System. Er ist darüber hinaus die drastischste Absage an das Konvergenzparadigma, denn es ist ja gerade die Annäherung, auch die Form der von der liberalen Welt vertretenen Vorstellung von „universellen Werten“, die von den radikalen Islamisten abgelehnt wird. Das Ziel der Islamischen Revolution im Iran, schrieb Bernard

Lewis, sei es gewesen, „alle Auswüchse hinwegzufegen, die muslimischen Ländern und Völkern in der Ära der Fremdherrschaft aufgezwungen worden waren, und die wahre, von Gott verfügte islamische Ordnung wiederher-

Die Islamisten können die Uhr nicht um 1400 Jahre zurückdrehen.

zustellen“. Einer dieser „Importe aus den Ländern des Unglaubens“ sei die Demokratie. Die Fundamentalisten wollten die islamische Welt dorthin zurückführen, wo sie gewesen sei, ehe das christliche Abendland, der Liberalismus und die Moderne den Islam verunreinigt hätten. Dieses Ziel ist unerreichbar. Selbst wenn die restliche Welt sie ließe, könnten die Islamisten die Uhr nicht um 1400 Jahre zurückdrehen. Aber die Welt lässt sie ohnehin nicht. Weder die USA noch eine andere Großmacht werden die Kontrolle über den Nahen Osten den fundamentalistischen Kräften überlassen, und das liegt nur zum Teil daran, dass die Region eine derart lebenswichtige strategische Bedeutung für den Rest der Welt hat. Schwerer wiegt, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen im Nahen Osten sich keineswegs 1400 Jahre in die Vergangenheit zurückversetzen lassen will, sondern sowohl mit der Moderne als auch mit der Demokratie einverstanden ist. Auch ist es in unserer modernen Welt undenkbar, dass ein ganzes Land – selbst wenn eine Mehrheit es wüsste – in der Lage wäre, sich gegen die Moderne völlig abzuschotten. Also steht der Welt wohl ein langwieriger Kampf bevor, in dem sich die Hoffnungen der extremen Islamisten allerdings nie erfüllen werden, denn weder die USA noch Europa, Russland, China oder die Völker des Nahen

Ostens sind in der Lage oder gewillt, ihren Wünschen nachzugeben. Die modernen Großmächte sind einfach nicht imstande, sich so weit zurückzuziehen, wie es die islamischen Extremisten fordern.

### Die Vor- und Nachteile der amerikanischen Hegemonie

Welche Rolle sollen die USA in dieser Weltordnung spielen? Internationale Meinungsumfragen legen nahe, dass weltweit ein starker Wunsch besteht, die Rolle Amerikas zu schmälern und auf mehr Multipolarität und Gleichberechtigung im internationalen System hinzuwirken. Auch innerhalb der USA wird der Ruf nach Bescheidenheit, nach Mäßigung der Ambitionen, nach einem ausgeprägteren Bewusstsein für die eigenen Grenzen laut. Aber hat in einer Welt, die an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter der Turbulenzen steht, vielleicht nicht sogar eine mit Fehlern behaftete demokratische Supermacht eine wichtige, ja unverzichtbare Aufgabe zu erfüllen?

Fest steht, dass die amerikanische Vorherrschaft höchstwahrscheinlich nicht so bald verschwinden wird – in erster Linie deshalb, weil die Mehrheit der Welt das gar nicht unbedingt will. Den Meinungsumfragen zum Trotz haben sich die Beziehungen der USA zu alten wie zu neuen Bündnispartnern in den letzten Jahren sogar verbessert. Ist das gut? Die Antwort lautet: Verglichen womit?

Auch auf Europa könnte es einen destabilisierenden Effekt haben, wenn die USA von der Bühne abträten.

Verglichen mit einer vollkommeneren internationalen liberalen Ordnung, in der die Nationen gleichberechtigter sind, liberaler, demokratischer, stärker dem Frieden verpflichtet und gehorsamer gegenüber den Geboten des Völkerrechts, mag die gegenwärtige, amerikanisch dominierte Ordnung unterlegen sein. Doch wie sieht die realistische Alternative aus? Die

USA können sich selbstsüchtig und beschränkt verhalten, den Interessen anderer Nationen in die Quere kommen oder sogar schaden – und tun es auch –, aber dass sich Russland, China, Indien, Japan oder auch Europa in einer multipolaren Welt bei der Ausübung ihrer Macht klüger oder moralischer verhielten, ist keineswegs erwiesen. Ein neuer Aspekt einer solchen multipolaren Weltordnung wäre, dass die meisten dieser Mächte Nuklearwaffen besäßen. Das könnte die Wahrscheinlichkeit von Kriegen zwischen ihnen minimieren – oder aber diese katastrophaler ausfallen lassen. In Ostasien sind sich die meisten Nationen einig, dass ein verlässliches und tonangebendes Amerika eine stabilisierende, friedensstiftende Wirkung ausübt. Sogar China, das die USA als die dominante Macht in der Region nach und nach zu verdrängen sucht, steht vor dem Dilemma, dass der Rückzug der Amerikaner einem ehrgeizigen, unabhängigen, nationalistischen Japan freien Lauf ließe. Auch auf Europa könnte es einen destabilisierenden Effekt haben, wenn die USA von der Bühne abträten – selbst wenn sie die mächtigste Nation der Welt blieben. Russland könnte versucht sein, den widerspenstigen Nationen an seiner Peripherie noch anmaßender und potenziell gewaltsam gegenüberzutreten.

Die Vorstellung, eine schwächere Position Amerikas im Nahen Osten könnte dort zu mehr Stabilität führen, ist ebenfalls optimistisch. Seit mindestens 200 Jahren kämpfen dort einheimische wie auswärtige Mächte um Einfluss,

und das Emporkommen des islamischen Fundamentalismus hat nur eine neue, bedrohlichere Dimension ins Spiel gebracht. In dem Umfang, wie die USA sich zurückziehen oder ihre Truppenpräsenz reduzieren, werden sofort andere Mächte, ob aus der Region oder nicht, das Vakuum füllen. Die Weltordnung fußt nicht allein auf Ideen und Institutionen. Sie wird von Machtkonstellationen geprägt. Die Weltordnung der neunziger Jahre spiegelte die Machtverteilung in der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg wider. Die heutige Ordnung entspricht dem wachsenden Einfluss der Großmächte, auch der autokratischen. Eine andere Machtkonstellation, eine multipolare Welt mit den Polen Russland, China, USA, Indien und Europa, würde eine eigene Ordnung mit anderen Regeln und Normen hervorbringen, die den Interessen der an ihr mitwirkenden mächtigen Staaten entsprächen. Wäre diese internationale Ordnung eine Verbesserung? Vielleicht für Peking, Moskau und Teheran. Ob sie aber den Interessen der aufgeklärten Demokraten in den Vereinigten Staaten und Europa ebenso gut diene wie das gegenwärtige System, ist fraglich.

Der große Trugschluss unserer Zeit ist die Überzeugung, dass eine liberale Weltordnung auf dem Sieg von Ideen und auf der natürlichen Entfaltung des menschlichen Fortschritts beruhe. Natürlich ist die Vorstellung ungemein verlockend; sie wurzelt tief in der Weltsicht der Aufklärung, deren Produkt wir Bewohner der freiheitlichen Welt alle sind. Natürlich steckt viel Potenzial in der Idee von liberaler Demokratie und in der freien Marktwirtschaft. Langfristig und wenn alles glatt geht, sollten sie sich gegen alternative Weltanschauungen durchsetzen, und zwar nicht nur, weil sie in der Lage

sind, materielle Güter zur Verfügung zu stellen, sondern weil sie vor allem einem äußerst wesentlichen Aspekt der menschlichen Natur entgegenkommen: dem Drang nach persönlicher Autonomie, Anerkennung, nach Gedanken- und Gewissensfreiheit. Logisch ist auch die Erwartung,

Langfristig sollte sich die liberale Demokratie gegen alternative Weltanschauungen durchsetzen.

dass eine Welt aus liberalen demokratischen Staaten nach und nach eine internationale Ordnung hervorbringen sollte, die diese liberalen und demokratischen Eigenschaften widerspiegelt. Da sich nach dem Ende des Kalten Krieges alle nur auf den grellen Pomp des Fortschritts konzentrierten, übersah man das Gerüst und die Drähte und Balken, die den Fortschritt erst ermöglicht hatten. Niemand erkannte, dass der Fortschritt nicht unausweichlich ist, sondern abhängig von den Ereignissen: von gewonnenen und verlorenen Schlachten, von erfolgreichen und niedergeschlagenen sozialen Bewegungen, von umgesetzten und verworfenen ökonomischen Praktiken. Die Ausbreitung der Demokratie folgte nicht bloß gewissen unausweichlichen Prozessen ökonomischer und politischer Entwicklung. Wir wissen nicht einmal, ob ein solcher evolutionärer Prozess mit vorhersagbaren Stadien und bekannten Ursachen und Wirkungen überhaupt existiert.

Was wir jedoch wissen ist, dass die globale Verschiebung zur freiheitlichen Demokratie mit der historischen Verschiebung im Machtgleichgewicht hin zu jenen Nationen und Völkern zusammenfiel, die der liberaldemokratischen Idee den Vorzug gaben: Sie begann mit dem Sieg der demokratischen Mächte über

den Faschismus im Zweiten Weltkrieg, auf den ein zweiter Sieg der Demokratien über den Kommunismus im Kalten Krieg folgte. Die liberale Weltordnung, die nach diesen beiden Siegen entstand, entsprach dem überwältigenden weltweiten Übergewicht der liberalen Kräfte. Dennoch waren diese Siege nicht zwangsläufig, und sie müssen nicht von Dauer sein. Heute schwächt das Wiedererstarken der großen autokratischen Mächte zusammen mit den reaktionären Kräften eines islamischen Radikalismus diese Ordnung, und sie droht in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch weiter geschwächt zu werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, zu einem Zeitpunkt in der Geschichte, als die Hoffnungen auf eine neuartige Weltordnung ebenfalls wild wucherten, warnte Hans Morgenthau vor der Vorstellung, dass irgendwann „ein letzter Vorhang fallen und das Spiel der Machtpolitik niemals mehr gespielt werden würde“. Der Kampf ging damals weiter, und auch heute ist er nicht ausgestanden. Vor sechs Jahrzehnten glaubten amerikanische Machthaber, die USA hätten die Fähigkeit und die Verantwortung, ihre Macht so einzusetzen, dass ein Rückfall in die Gegebenheiten, die zwei Weltkriege und zahllose nationale Katastrophen hervorbrachten, vermieden werde. Auch Reinhold Niebuhr, der stets vor den Ambitionen der Amerikaner und ihrem maßlosen Glauben an die eigene Macht warnte, glaubte – auf seine Art –, dass sich „das Weltproblem nicht lösen lässt, wenn Amerika seine Verantwortung dafür nicht zur Gänze annimmt“. Heute teilen sich die USA diese Verantwortung mit der weiteren demokratischen Welt, die unendlich stärker ist, als sie es am Ende des Zweiten Weltkriegs war. Die künftige Weltordnung wird von jenen gestaltet, die den kollektiven Willen und die Macht dazu haben. Die Frage ist, ob die liberalen Demokratien der Welt diese Herausforderung noch einmal annehmen.